

Die Bush-Administration treibt im Libanon-Konflikt ein durchsichtiges Doppelspiel: „Humanitäre Hilfe“ für den Libanon und Waffen für Israel!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 081/06 – 09.08.06**

Die USA verteilen mit der einen Hand Nahrungsmittel und mit der anderen Waffen

Von Thalif Deen

Inter Press Service (IPS)

(<http://www.informationclearinghouse.info/article14348.htm>)

UNITED NATIONS, 03.08.06: Da Israels Bombardierungen im Libanon in der vierten aufeinanderfolgenden Woche unvermindert fortgesetzt werden, haben die USA mitgeteilt, sie seien bereit, den Tausenden inzwischen vertriebenen Libanesen, die im Kreuzfeuer gefangen sind, mit Nahrung, Arzneimitteln und humanitärer Hilfe beizustehen.

Aber Washington hat auch beschlossen, die Lieferung tödlicher Waffen an Israel zu erhöhen. „Und so töten die Vereinigten Staaten die gleichen Libanesen, die sie zu füttern und unterzubringen beabsichtigen“, sagte ein arabischer Diplomat bei den Vereinten Nationen. „Diese US-Heuchelei ist von der übelsten Sorte,“ sagte er IPS, unter der Bedingung, dass seine Anonymität gewahrt werde, weil sein Land Millionen Dollar Wirtschaftshilfe von den USA erhalte. „Die rechte Hand scheint nicht zu wissen, was die linke tut, oder etwa doch?“ fragte er.

Irene Khan, die Generalsekretärin von amnesty international (ai) in London reagierte genau so empört. „Es ist lächerlich, mit der einen Hand humanitäre Hilfe anzubieten und mit der anderen Waffen,“ sagte sie. „Angesichts des menschlichen Leides im Libanon und in Israel,“ fuhr Khan fort, „ist es absolut erforderlich, dass alle Regierungen die Lieferung von Waffen und Munition an beide Seiten sofort einstellen.“

Als er letzte Woche gefragt wurde, ob er einen Widerspruch in diesen beiden Verhaltensweisen sehe, antwortete Bush den Reportern: „Nein, ich sehe keinen Widerspruch darin, Verpflichtungen nachzukommen, die aus den Angriffen der Hisbollah auf israelisches Gebiet entstanden sind.“

Bush unterlief ein offensichtlicher Ausrutscher, als er sagte: „Ich bin betroffen, dass Unschuldige ihr Leben verloren haben, und wir werden alles tun, um dabei zu helfen, Ausrüstung – ich meine Nahrung und Arzneimittel – zu liefern, um vertriebenen Menschen und leidenden Menschen zu helfen.“

In einer Stellungnahme, die letzte Woche veröffentlicht wurde, zitierte ai Berichte der britischen Presse über zwei gecharterte Airbus-Maschinen A310, die lasergesteuerte GBU 28-Bomben mit Sprengköpfen aus abgereichertem Uran (DU = Abkürzung für „depleted uranium“) für die israelische Luftwaffe geladen hatten und auf dem Flughafen Prestwick in der Nähe Glasgows gelandet waren.

Die Flugzeuge landeten zum Auftanken und um der Crew eine Rast nach dem Flug aus den USA zu ermöglichen.

„Andere Berichte behaupteten, die USA habe die Erlaubnis angefordert, in den nächsten beiden Wochen zwei weitere Flugzeuge auf dem Weg nach Israel in Großbritannien zwischenlanden zu lassen. Es wurde berichtet, die Flugzeuge sollten weitere Waffen trans-

portieren, darunter Bomben und Raketen,“ teilte ai mit.

„Die britische Regierung sollte die Benutzung ihrer See- und Flughäfen durch Schiffe und Flugzeuge, die Waffen und militärische Ausrüstung für Israel oder die Hisbollah geladen haben, verweigern,“ forderte Khan.

amnesty international hat in einem Brief an die britische Außenministerin Margaret Beckett die Regierung auch aufgefordert, den Verkauf und die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an Israel auszusetzen.

Beckett soll (zu den Flügen) gesagt haben: „Wir haben die Vereinigten Staaten schon wissen lassen, dass wir dieses Vorgehen (die Waffenlieferungen) für einen schweren Fehler halten, und wenn sich herausstellt, dass das wirklich so abgelaufen ist, werden wir einen formellen Protest einlegen.“ (Wenn nach Irland auch Großbritannien die Zwischenlandung von US-Flugzeugen mit Waffen für Israel an Bord untersagt, werden diese wohl über die US-Air Base Ramstein dirigiert.)

Mittlerweile hat Human Rights Watch (HRW = Menschenrechtsorganisation) aus New York Israel beschuldigt, mit seiner Artillerie Wohngebiete im Libanon mit Cluster-Munition (Streu-Sprengkörper, die auf großen Flächen viele Blindgänger hinterlassen, die mit Verzögerung explodieren) zu beschießen.

„Es kann nicht akzeptiert werden, dass Cluster-Munition gegen Zivilisten eingesetzt wird, weil sie dafür völlig ungeeignet und außerdem sehr unzuverlässig ist,“ warnte Kenneth Roth, der geschäftsführende HRW-Direktor. „Sie sollte niemals in Wohngebieten eingesetzt werden.“

Nur weil das israelische Militär mit modernsten US-Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern bewaffnet ist, kann es sich überhaupt mit einer Allianz einiger oder aller Staaten des Mittleren Ostens, einschließlich Iran, Syrien, Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien messen.

Die jährliche Überwachung der Waffenverkäufe der USA, die der Congressional Research Service (CRS = Untersuchungsdienst des Kongresses) durchführt, weist für die Zeit von 1997 bis 2004 Waffenlieferungen an Israel für 8,4 Milliarden Dollar aus. 7,1 Milliarden Dollar, also 84,5 Prozent aller Waffen haben die USA selbst bezahlt.

Eine Hauptursache dieser Entwicklung liegt in der wachsenden Finanzierung ausländischer Militärausgaben – vor allem für Israel – durch die USA, für die von den US-Steuerzahlern jetzt etwa 2,3 Milliarden Dollar im Jahr aufgebracht werden müssen.

Mittlerweile zeige das Ausmaß der Angriffe und das Anwachsen der zivilen Opfer eine eklatante Verletzung der internationalen Menschenrechte durch Israel und die Hisbollah, sagte Frau Khan von ai. Sie sagte auch: „Das direkte Zielen auf Zivilisten und auf zivile Infrastruktur und die wahllosen, unverhältnismäßigen Angriffe sind als Kriegsverbrechen zu werten.“

Francis A. Boyle, Professor für Internationales Recht am College für Recht der Universität von Illinois, fordert, die 192 Mitglieder der Generalversammlung der Vereinten Nationen müssten sofort ein „International Criminal Tribunal for Israel“ (ICTI = Internationales Tribunal zur Untersuchung der Verbrechen Israels) als „Nebenorgan“ nach Art. 22 der UN-Charta einsetzen.

Das ICTI solle nach den gleichen Richtlinien wie das ICT für Jugoslawien (ICTY) arbeiten, das der Sicherheitsrat 1993 eingesetzt hatte.

„Aufgabe des ICTI muss die Untersuchung und Verfolgung von israelischer Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit und Völkermord an den Völkern des Libanon und Palästinas sein – so wie das ICTY die Verbrechen untersucht hat, die Serbien und das Mi-

losevic-Regime an Opfern auf dem Balkan begangen haben," sagte Boyle dem IPS. Außerdem würde die Einsetzung eines ICTI durch die Generalversammlung eine abschreckende Wirkung auf die israelischen Führer ausüben, auf den Premierminister, den Verteidigungsminister, den Stabschef und die anderen Spitzengenerale Israels, weil sie befürchten müssten, künftig wegen Verbrechen gegen die Libanesen und die Palästinenser verfolgt zu werden, sagte Boyle, der Autor von „Biologische Kriegführung und Terrorismus“ – erschienen bei Clarity Press, 2005 – und „Die Zerstörung der Weltordnung“ – erschienen bei Clarity Press 2004.

Ohne diese Abschreckung, meinte er, könne sich Israel ermutigt fühlen, Syrien anzugreifen – mit der vollen Unterstützung der rechten Neokonservativen in den USA, die Syrien schon lange als „reife Frucht“ betrachten, die man durch einen gemeinsamen Angriff pflücken könnte.

Die israelische Presse hat berichtet, dass die Bush-Administration Israel ermutigt, Syrien anzugreifen. Wenn Israel Syrien angreift, wie es das 1982 bei dem Überfall auf den Libanon getan hat, wird der Iran – so hat er es angekündigt – Syrien zur Hilfe eilen.

„Dieses Szenario könnte direkt in den Dritten Weltkrieg ausarten," warnte Boyle. „Die Einsetzung eines ICTI durch die UN-Generalversammlung könnte die weitere Entwicklung dieses Konfliktes in Richtung auf eine regionale oder sogar globale Katastrophe stoppen.“

(Der Artikel wurde komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Für unsere US-amerikanischen Leser drucken wir anschließend den Originaltext ab.)

U.S. to Supply Food with One Hand, Arms with Other

By Thalif Deen

Inter Press Service

08/02/06 -- -United Nations, 03 August, (IPS): As Israel's bombing of Lebanon continues unabated into its fourth consecutive week, the United States says it stands ready to provide food, medicine and humanitarian assistance to the thousands of internally displaced Lebanese caught in the crossfire.

But Washington has also decided to accelerate the supply of lethal weapons to Israel -- "perhaps intended to kill the very Lebanese the United States is planning to feed and shelter," says one Arab diplomat at the United Nations.

"It is U.S. hypocrisy at its worst," he told IPS, speaking on condition of anonymity, because his country receives millions of dollars in U.S. economic aid.

"The right hand obviously does not know what its left hand is up to. Or does it?" he asked.

Irene Khan, secretary-general of the London-based Amnesty International (AI), is equally harsh in her reaction. "It is ridiculous to talk about providing humanitarian aid on the one hand, and to provide arms on the other," she says.

In the face of such human suffering in Lebanon and Israel, Khan says, "It is imperative that all governments stop the supply of arms and weapons to both sides immediately."

Asked if there is a contradiction between the two, U.S. President George W. Bush told reporters last week: "No. I don't see a contradiction in us honoring commitments made prior to Hezbollah attacks into Israeli territory."

Bush also made an obvious slip when he said: "I am concerned about loss of innocent life,

and we will do everything we can to help move equipment... I mean, food and medicines, to help the people who have been displaced and the people who suffer."

In a statement released last week, Al quoted British press reports relating to two chartered Airbus A310 cargo planes filled with GBU 28 laser-guided bombs containing depleted uranium (DU) warheads and destined for the Israeli air force landing at Prestwick airport, near Glasgow. The planes landed for refueling and crew-rests after flying from the United States.

"Other reports claimed that the USA has requested that two more planes be permitted to land in the UK en route to Israel in the next two weeks. The reports said the aircraft will be carrying other weapons, including bombs and missiles," Al said.

"The UK government should refuse permission for its sea and air ports to be used by planes or ships carrying arms and military equipment destined for Israel or Hezbollah," said Khan.

Amnesty International has also written to British Foreign Secretary Margaret Beckett urging the government to suspend its own sale or transfer of all arms and military equipment to Israel.

Beckett was quoted as saying: "We have already let the United States know that this is an issue that appears to be seriously at fault, and we will be making a formal protest if it appears that that is what has happened."

Meanwhile, the New York-based Human Rights Watch (HRW) has accused the Israelis of using artillery-fired cluster munitions in populated areas of Lebanon.

"Cluster munitions are unacceptably inaccurate and unreliable weapons when used around civilians," Kenneth Roth, executive director of HRW warned. "They should never be used in populated areas."

Armed mostly with state-of-the-art U.S.-supplied fighter planes and combat helicopters, the Israeli military is capable of matching a combination of all or most of the armies in Middle Eastern countries, including Iran, Syria, Egypt, Jordan and Saudi Arabia.

The annual survey of U.S. arms sales, conducted by the U.S. Congressional Research Service (CRS), shows a total of 8.4 billion dollars of arms deliveries to Israel in the 1997-2004 period, with fully 7.1 billion dollars or 84.5 percent coming from a single source: the United States.

A major factor in this trend was the rise in U.S. Foreign Military Financing -- outright U.S. grants to Israel -- which now totals about 2.3 billion dollars a year paid for by U.S. tax payers.

Meanwhile, Al's Khan said the pattern of attacks and the extent of civilian casualties show a blatant disregard of international humanitarian law by Israel and Hezbollah.

She also said that "direct targeting of civilians and civilian infrastructure and launching indiscriminate and disproportionate attacks amount to war crimes."

Francis A. Boyle, professor of international law at the University Of Illinois College Of Law, says that the 192-member U.N. General Assembly must immediately establish an International Criminal Tribunal for Israel (ICTI) as a "subsidiary organ" under U.N.. Charter Article 22.

The ICTI would be organized along the lines of the International Criminal Tribunal for Yugoslavia (ICTY), which was established by the Security Council in 1993.

"The purpose of the ICTI would be to investigate and prosecute Israeli war crimes, crimes against humanity and genocide against the peoples of Lebanon and Palestine -- just as the ICTY did for the victims of international crimes committed by Serbia and the Milosevic

regime throughout the Balkans," Boyle told IPS.

Furthermore, the establishment of ICTI by the General Assembly would serve as a deterrent effect upon Israeli leaders, including the prime minister, defence minister, the chief of staff and Israel's other top generals that they will be prosecuted for their further infliction of international crimes upon the Lebanese and the Palestinians, said Boyle, author of 'Biowarfare and Terrorism' (Clarity Press: 2005) and 'Destroying World Order' (Clarity Press: 2004).

Without such a deterrent, he said, Israel might be emboldened to attack Syria with the full support of the U.S. right-wing neo-conservatives, who have always viewed Syria as "low-hanging fruit" ready to be taken out by means of their joint aggression.

The Israeli press has reported that the Bush administration is encouraging Israel to attack Syria. If Israel attacks Syria as it did when it invaded Lebanon in 1982, Iran has vowed to come to Syria's defense.

This scenario could readily degenerate into World War III," warned Boyle. "For the U.N. General Assembly to establish ICTI could stop the further development of this momentum towards a regional if not global catastrophe."

Inter Press Service (IPS) News Agency -

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern